

„DER COURIER“
is the leading Canadian Paper in
the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
In Canada..... \$2.50
to foreign countries..... \$3.50
If paid in advance:—
Canada..... \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herald = Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier“
ist die führende Zeitung für die
deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Canada-Preis:
Im voraus bezahlt:
Canada..... \$2.00
für Ausland..... \$3.50

25. Jahrgang. 12 Seiten. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. September 1932. 12 Seiten. Nr. 46.

Sowjetrussisches Petroleum wird in Canada eingeführt

Deutschland baut neues Kriegsschiff.

Dritter ganz moderner Kreuzer wird auf Kiel gelegt.

Berlin, 18. Sept. — Die deutsche Admiralität hat angedeutet, daß am 1. Oktober mit dem Bau eines neuen Kriegsschiffes begonnen wird. Der neue deutsche Kreuzer ist bereits unter der Bezeichnung „Welfenadmiral“ in den Werften der Kaiserlichen Werft in Danzig in Auftrag gegeben worden, doch hat sich die Ausführung des Baues aus finanziellen Gründen bis jetzt verzögert.

Zwei andere deutsche Kriegsschiffe von ähnlichem Typ sind bereits in Dienst und kosteten je \$17,850,000. Sie wurden letzterzeit vom Ausland „Welfenadmiral“ genannt, weil sie für nur je 10,000 Tonnen umfassen, aber an Leistungsfähigkeit angeblich bedeutend größere Schlachtschiffe übertreffen sollen. Auch der neue deutsche Kreuzer wird in moderner Weise ausgestattet, abgesehen und ausgerüstet werden, was die besten deutschen Marine-Ingenieure heranzugehen werden.

Amerikanische Ozeanflieger vernicht.

Nach 15. Sept. — Das Flugzeug „American Hero“, in welchem vier amerikanische Ozeanflieger von New York nach London auf dem Atlantik über den Ärmelkanal und die Nordsee auf dem kürzesten Wege nach England aufbrachen, wurde am 15. September in der Gegend von Island durch einen Sturm zerstört. Die vier Flieger wurden getötet. Die Leichen wurden erst am 18. September in der Gegend von Island gefunden. Die vier Flieger waren von Kapitän Harold Gatty, dem ersten Piloten, und drei anderen Fliegern besetzt. Die vier Flieger waren von Kapitän Harold Gatty, dem ersten Piloten, und drei anderen Fliegern besetzt.

Deutsche Sozialdemokraten sehen Geiseln.

Berlin, 18. Sept. — Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben eine Entschließung an die Regierung des Reiches erlassen, in der die „militärische Politik“ der Regierung des Reiches von Papen verurteilt wird. Die Entschließung erklärt, daß durch diese Politik die Gefahr eines Bürgerkriegs unter den Völkern wieder wachgerufen werde. Ein solches Vorgehen würde, so wird erklärt, eine Katastrophe bedeuten und dazu beitragen, den Vertrag von Versailles zu verewigen.

Wird gegen canadische Aluminiumwaren ausgetauscht

Erste Petroleumladung von 9000 Tonnen im Montrealer Hafen eingetroffen. — Russisches Rohprodukt wird in Canada gereinigt und hier in den Handel gebracht.

Montreal, 18. Sept. — Obwohl der canadische Premier R. B. Bennett auf der britischen Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa die britische Abordnung zu bewegen suchte, die Handelsbeziehungen zwischen Kanada und England abzubauen, sind doch unangenehm für Kanada die neuen Handelsbeziehungen zwischen Kanada und Russland angeknüpft worden. Wie man hier erfährt, handelt es sich dabei um eine große geschäftliche Transaktion, die darauf hinausläuft, canadische Aluminiumprodukte gegen russisches Rohöl auszutauschen, wobei geplant ist, das russische Öl in Canada zu reinigen und dann hier in den Handel zu bringen.

Beim der „Aluminium Company of Canada“ in Montreal bestätigten, wenn auch zögernd, diese Meldung, die gerüchtweise schon in Montreal und New York Handelskreisen seit einiger Zeit im Umlauf war. Wie man hört, soll auch Andrew Mellon der frühere Schatzsekretär der Vereinigten Staaten, finanziell an dem großartigen Handelsunternehmen interessiert sein, wobei der Wert der nach Russland zu exportierenden canadischen Aluminiumwaren sich auf ungefähr eine Million Dollar belaufen soll. Hauptächlich soll es sich um Aluminiumdraht und -stapel handeln.

Die Meldung erhielt noch mehr Gewicht durch das Eintreffen des dänischen Ozeandampfers „Mose Maersk“ im Montrealer Hafen, der 9000 Tonnen russisches Öl an Bord haben soll. Das Öl soll aus Vatun am Schwarzen Meer stammen. Die „L. S. Petroleum Refining Company“ gab zu, daß die Ladung in ihre Raffinerie kommen solle, jedoch nicht ihr gehöre. Es ist möglich anzunehmen, daß die genannte Gesellschaft nur im Auftrag der Aluminium-Gesellschaft das Petroleum reinigt, die es dann weiterverarbeiten soll. Weitere Lieferungen von Russland werden erwartet.

Die Erlaubnis für das Ausladen der 9000 Tonnen russischen Oel war am Sonnabend in Montreal noch nicht eingetroffen. Da unraffiniertes Petroleum nicht auf der Liste jener Waren steht, deren Einfuhr von Russland nach Canada verboten ist, ist nach Ansicht der canadischen Aluminium-Gesellschaft gegen das neue canadische russische Handelsabkommen nichts einzuwenden. Infolge des russischen Auftrags für canadische Aluminiumwaren konnte die canadische Firma seit Ende Juli 300 Arbeiter mehr beschäftigen, was nach Meinung der Gesellschaft auch von Premier R. B. Bennett begrüßt werden sollte.

Wirtschaftsnot der Donauländer

Gemeinsamer Fonds zur Unterstützung der Staaten des europäischen Festlandes soll geschaffen werden.

Stresa, Italien, 18. Sept. — In der hier tagenden und von 15 Ländern beteiligten Konferenz zur Wiederbelebung des Handels und Handels in den Donauländern, in denen so arg die Wirtschaften verfallen sind, wurde ein Entwurf der Möglichkeit, einen gemeinsamen europäischen Fonds zu schaffen, der die wirtschaftliche Gleichgewichtigkeit Europas durch reiches Spiel der natürlichen Wirtschaftskräfte erzielt werden sollte.

Die Steuer wurde am 8. September in einem italienischen Vorschlag angeregt. Der Entwurf soll in einem allgemeinen Fonds eingezahlt werden, der dann zur Festigung von Getreidepreisen und zur Stabilisierung der Finanzen in Mittel- und Osteuropa verwendet werden soll.

Der Vertreter Großbritanniens verließ der Hoffnung Ausdruck, daß eine Formel für die Aufbringung und Verwendung dieses Fonds gefunden werden könne, welche England zugunsten werde.

Mit dem Projekt erklärten sich die Vertreter von sechs Ländern einverstanden, welche Getreide importieren — Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, die Tschechoslowakei und die Schweiz.

Es laßt darauf hinaus, daß die überflüssigen Getreide erzeugenden Länder, welche an der Aufbringung des Fonds beteiligt sein werden, Vergünstigungen einräumen sollten, und daß das Geld von den Ländern, die es erhalten werden, bei den Lieferungen zum Abtransport ihrer Auslandsfrüchte verwendet werden soll.

Das Agrar-Komitee der Donau-Konferenz ist übereingekommen, im Prinzip den italienischen Vorschlag zu billigen, nach dem für den wirtschaftlichen Aufbau der Agrarländer in ganz Europa eine kleine Handelssteuer erhoben werden soll.

Die Hauptdelegierten der Konferenz betonten jedoch nochmals, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht Mittel-Europas durch reiches Spiel der natürlichen Wirtschaftskräfte erzielt werden sollte.

40-stündige Arbeitswoche in Deutschland eingeführt.

Bedeutende Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 18. Sept. — Am 15. September trat in ganz Deutschland die von Reichsarbeitsminister angeordnete 40-stündige Arbeitswoche in Kraft. Diese Maßnahme, die im Wirtschaftsplan der von Papen-Regierung enthalten ist, soll dazu beitragen, die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu bewirken. Es wird damit gerechnet, daß auf diese Weise die Arbeitgeber gezwungen sein werden, mehr Arbeiter einzustellen, während sich gleichzeitig der Arbeitsverdienst auf mehr Arbeitskräfte verteilen sollte.

„Warum sollten die Kriegs-Militären nicht zumachen und anerkennen, daß das, was 1919 in ihrem Namen erlassen wurde, für sie bindend sein müßte“, fragte Sander.

„Warum sollten sie nicht öffentlich ihre Absicht erklären, Deutschlands Zurücksetzung so rasch als möglich aufzuheben und Deutschlands Gleichberechtigung in militärischen Angelegenheiten wieder herbeizuführen?“

Sanderon äußerte sich hoffnungsvoll über die der Abrüstungskonferenz noch vorliegenden Arbeit.

„Ein Schlüssel wäre ein Unglück für das Leben Europas und der Welt“, sagte er. Eine große historische Gelegenheit würde verpasst werden, das Ganze wäre ein untragbarer Spott. Und da dieses der Fall ist, kann meiner Auffassung nach kein verantwortlicher Staatsmann bereit sein, ein solches Unheil herbeizuführen.“

Die Konferenz darf nicht vergessen, Sie muß bestimmte Fortschritte zeitigen, oder die Völker werden gemunnen sein. Diesen mußten und werden die Möglichkeiten entgegenzutreten, die so oft den Streit des internationalen Lebens gekostet, ja selbst vergiftet haben.

„Beträchtliche, durchgreifende Abrüstung ist, was die Weltmeinung fordert, und was die Konferenz selbst als wesentlich bezeichnet hat.“

„Der Anspruch Deutschlands auf Wiederherstellung wird die Konferenz in eine höchst kritische Lage bringen.“

Nationalsozialisten in Braunschweig gegen Hitler.

Braunschweig, 18. Sept. — Die Nationalsozialisten Braunschweigs drohen der Politik Hitlers, der Erlangung der Macht durch rechte legale Mittel, unter zu werden. Ernst Jöner, der Präsident des Braunschweiger Landtags und zugleich bisher Mitglied des Reichstags, erklärte: „Hitler hat an Eidesstattlichkeit, die Macht nur durch legale Mittel an sich zu bringen zu wollen. Er hält immer noch an diesem Eid fest. Sollte aber die Regierung von dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg abzuweichen und sich auf Putschmethoden stützen, so werden wir uns durch den Eid unseres Führers in keinerlei Weise mehr gebunden fühlen.“

Körperliche Erleichterung der deutschen Jugend.

Paris befürchtet schon wieder eine Stärkung der deutschen Armee.

Berlin, 18. Sept. — Nach einer kürzlich erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg soll die von verschiedenen deutschen Verbänden betriebene körperliche Erleichterung der deutschen Jugend mehr zentralisiert werden. Die vom „Stahlhelm“, dem Bund der Frontkämpfer, von den Völkischen Sturmabteilungen, von katholischer Seite usw. in dieser Hinsicht unternommenen Vorhaben sollen durch Schaffung gemeinsamer Ausbildungsstätten ergänzt und erweitert werden, um so allmählich einen Großteil der heranwachsenden deutschen Generation körperlich und geistlich in internationaler Weise zu erziehen.

Nach hier eingetroffenen Pariser Meldungen wird von französischen Kreisen die neue deutsche Bewegung förmlich dahingehend angesehen, als handle es sich um den ersten offenen Schritt zum Wiederaufbau einer großen deutschen Wehrmacht. Ganz besonders verdächtig scheint den Franzosen der „Stahlhelm“, der Bund deutscher Frontkämpfer, zu sein, der nach Pariser Meinung „gefährlicher“ sein soll als die Sturmabteilungen Adolf Hitlers.

Deutsche Regierung bleibt Abrüstungskonferenz fern

Deutscher Reichsaußenminister von Neurath fordert in einem Brief an Arthur Henderson unbedingte Gleichberechtigung.

Allgemeine Abrüstung ist nach der Überzeugung Deutschlands für die Erhaltung des Friedens dringend nötig, doch wird es sein ferneres Verhalten nach dem Kurs der Konferenz einrichten.

Genf, 18. Sept. — Die internationale Politik sieht sich infolge des festen Standpunktes Deutschlands in der Abrüstungsfrage verunsichert. In irgendeiner Form mit der deutschen Forderung anzukommen, nach den hier vorliegenden Pariser Meldungen scheint in dieser Hinsicht unter den deutschen Parteien nur eine Meinung zu herrschen, wenn auch die und die vorläufigere Stimmen laut werden. In einem Punkt sieht das deutsche Volk geschlossen hinter seiner Regierung, nämlich in dem nachdrücklichen Verlangen nach absoluter und allgemeiner Gleichberechtigung mit allen anderen Mächten in jeder Beziehung und auf allen Gebieten. Diese Einmütigkeit hat auch in Genf Platz gefunden. Die internationale Politik sieht sich infolge des festen Standpunktes Deutschlands in der Abrüstungsfrage verunsichert. In irgendeiner Form mit der deutschen Forderung anzukommen, nach den hier vorliegenden Pariser Meldungen scheint in dieser Hinsicht unter den deutschen Parteien nur eine Meinung zu herrschen, wenn auch die und die vorläufigere Stimmen laut werden. In einem Punkt sieht das deutsche Volk geschlossen hinter seiner Regierung, nämlich in dem nachdrücklichen Verlangen nach absoluter und allgemeiner Gleichberechtigung mit allen anderen Mächten in jeder Beziehung und auf allen Gebieten. Diese Einmütigkeit hat auch in Genf Platz gefunden.

Arthur Henderson für Gleichberechtigung

Hofft noch immer auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz in Genf.



A. Henderson.

London, 18. Sept. — Arthur Henderson, Präsident der Weltabrüstungskonferenz und früherer Außenminister im britischen Arbeiterpartei, wird in einer Ansprache vor dem Nationalen Friedensrat die volle Gleichberechtigung Deutschlands in Abrüstungsfragen. Er erklärte, daß unter den Delegierten der Abrüstungskonferenz eine solche starke Stimmung zu Gunsten der sofortigen Ergründung von Schritten zur Befriedigung der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung herrsche, daß seiner Ansicht nach diese Frage geregelt werden könne.

„Warum sollten die Kriegs-Militären nicht zumachen und anerkennen, daß das, was 1919 in ihrem Namen erlassen wurde, für sie bindend sein müßte“, fragte Sander.

„Warum sollten sie nicht öffentlich ihre Absicht erklären, Deutschlands Zurücksetzung so rasch als möglich aufzuheben und Deutschlands Gleichberechtigung in militärischen Angelegenheiten wieder herbeizuführen?“

Sanderon äußerte sich hoffnungsvoll über die der Abrüstungskonferenz noch vorliegenden Arbeit.

„Ein Schlüssel wäre ein Unglück für das Leben Europas und der Welt“, sagte er. Eine große historische Gelegenheit würde verpasst werden, das Ganze wäre ein untragbarer Spott. Und da dieses der Fall ist, kann meiner Auffassung nach kein verantwortlicher Staatsmann bereit sein, ein solches Unheil herbeizuführen.“

Frankreich möchte deutsche „Rüstungen“ inspizieren.

Paris, 19. Sept. — In Frankreich wird gegenwärtig ein Plan erwogen, wie man die angeblichen deutschen Rüstungen einer internationalen Untersuchung unterziehen könnte. Nach einem kürzlichen Bericht des französischen Generalstabs soll der deutsche Frontkämpferbund „Stahlhelm“ für Kriegszwecke ausgebildet werden.

Arthur Henderson für Gleichberechtigung

Hofft noch immer auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz in Genf.

London, 18. Sept. — Arthur Henderson, Präsident der Weltabrüstungskonferenz und früherer Außenminister im britischen Arbeiterpartei, wird in einer Ansprache vor dem Nationalen Friedensrat die volle Gleichberechtigung Deutschlands in Abrüstungsfragen. Er erklärte, daß unter den Delegierten der Abrüstungskonferenz eine solche starke Stimmung zu Gunsten der sofortigen Ergründung von Schritten zur Befriedigung der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung herrsche, daß seiner Ansicht nach diese Frage geregelt werden könne.

„Warum sollten die Kriegs-Militären nicht zumachen und anerkennen, daß das, was 1919 in ihrem Namen erlassen wurde, für sie bindend sein müßte“, fragte Sander.

„Warum sollten sie nicht öffentlich ihre Absicht erklären, Deutschlands Zurücksetzung so rasch als möglich aufzuheben und Deutschlands Gleichberechtigung in militärischen Angelegenheiten wieder herbeizuführen?“

Sanderon äußerte sich hoffnungsvoll über die der Abrüstungskonferenz noch vorliegenden Arbeit.

„Ein Schlüssel wäre ein Unglück für das Leben Europas und der Welt“, sagte er. Eine große historische Gelegenheit würde verpasst werden, das Ganze wäre ein untragbarer Spott. Und da dieses der Fall ist, kann meiner Auffassung nach kein verantwortlicher Staatsmann bereit sein, ein solches Unheil herbeizuführen.“

Frankreich möchte deutsche „Rüstungen“ inspizieren.

Paris, 19. Sept. — In Frankreich wird gegenwärtig ein Plan erwogen, wie man die angeblichen deutschen Rüstungen einer internationalen Untersuchung unterziehen könnte. Nach einem kürzlichen Bericht des französischen Generalstabs soll der deutsche Frontkämpferbund „Stahlhelm“ für Kriegszwecke ausgebildet werden.

Großbritannien gegen Deutschlands Forderung.

Deutsche Regierung betrachtet britische Note als unannehmlich.

London, 19. Sept. — Großbritannien beantwortete Deutschlands Verlangen nach Abrüstungsgleichheit mit einer Note, in der das angeblich „Unannehmliche“ der deutschen Forderung kritisiert und zugleich dem Sinne nach betont wird, die deutsche Regierung habe nicht das Recht, auf eigene Faust sich Gleichberechtigung zu verschaffen, sondern könne diese nur durch neue internationale Vereinbarungen erhalten.

Berlin, 19. Sept. — Ein Wortführer der deutschen Regierung (Fortsetzung auf Seite 2.)

Reichstagsneuwahlen am 6. November

Von Papen-Regierung fest Wahldatum fest. — Die Entscheidung wird zwischen von Hindenburg und Hitler fallen.

Berlin, 18. Sept. — Die deutsche Reichsregierung hat angedeutet, daß am Sonntag, den 6. November allgemeine Reichstagswahlen stattfinden werden. Damit hat zugleich die vom Reichspräsidenten von Hindenburg verfügte Auflösung des alten Reichstages endgültig Rechtskraft erhalten.

Die Proteste der deutschen Parteien, insbesondere der Nationalsozialisten, gegen die Auflösungsordnung wurden in den letzten Tagen immer schwächer, was wohl der Erkenntnis zuzuschreiben ist, daß gegen die eiserne Hand des Reichspräsidenten von Hindenburg und gegen die harte Hand der von Papen-Regierung nicht anzukommen ist. Alle Berichte der Reichsregierung zu Sitzungen der noch laufenden Reichstagsauschüsse herauszugeben, scheiterten am energiegelandten Widerstand des Präsidialkabinetts, das über das vom Reichstag ernannte „Wahtrauensbündnis“ einhellig zur Tagesordnung überging. Das heutige Strömen der Parteien

gegen die Reichstagsauflösung schien hauptsächlich dem Unwiderstand entsprungen zu sein, daß es alle mit mehr oder minder Angst und Bangen der unflüchtigen Entscheidung des deutschen Volkes entgegenzusehen. Nur die Nationalsozialistische Partei stellte sich fest und geschlossen hinter die Entscheidung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Reichstagsauflösung von Papen hat für die kommenden Reichstagswahlen die Lösung ausgesprochen: „Mit von Hindenburg für Deutschland!“ Die Nationalsozialisten hingegen proklamieren den „Kampf der Völker gegen die Klassenherrschaft“ und besprechen Adolf Hitler als den Führer der deutschen Volksmassen. So scheint sich der Kampf zu einem neuen Ringen zwischen den Anhängern des grellen und volksmännlichen Reichspräsidenten von Hindenburg, der am 2. Oktober 85 Jahre alt wird, und den eifrigen Verbänden der nationalsozialistischen Partei unter Adolf Hitler gestalten zu wollen.